

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Florian von Brunn

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Alexander König

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Albert Duin

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Franz Bergmüller

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Gemeinsame Anstrengung für die Stärkung der Energieunabhängigkeit!

Beschleunigungspaket für regenerative Energien vorlegen! (Drs. 18/21634)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn von der SPD das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Bayern sitzt wie kein anderes deutsches Bundesland in Putins Gasfalle [...]

Fürwahr eine energiepolitische Meisterleistung der dauerregierenden CSU! Zum Verhängnis wurde ihr ein fataler Hang zum Populismus.

So kommentierte und kritisierte der Chefredakteur des "Münchner Merkurs" gestern die Energiepolitik der CSU. Aber was macht der Ministerpräsident? – Er richtet wie immer nur Forderungen nach Berlin, anstatt die Probleme zu Hause zu lösen.

Eines dieser Probleme zu Hause ist die 10-H-Regelung. Der CSU-Windkraftstopp hat dazu geführt, dass der Bau von Windrädern in Bayern praktisch zum Erliegen gekommen ist. Die CSU hat damit die günstigste Art der Energiegewinnung aus Populismus und Ideologie im Freistaat komplett ausgebremst.

(Beifall bei der SPD)

Während im viel kleineren Brandenburg, nicht einmal halb so groß wie der Freistaat, fast 4.000 Windräder Strom erzeugen, sind es in Bayern nur rund 1.100. Tatsache ist: Wenn in unserem Bayern genauso viele Windräder wie in Brandenburg stehen würden, könnten wir Putins Gas bei der Stromerzeugung schon längst komplett ersetzen.

Die SPD hat hier im Landtag erst im November in einer Aktuellen Stunde eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unter dem Titel "Damit in Bayern das Licht an bleibt" zum Thema gemacht. Die CSU hat damals alles arrogant vom Tisch gewischt und uns Panikmache vorgeworfen. Leider hat die Realität Sie schneller überholt, als uns lieb ist. Jetzt haben Sie zu Recht Angst vor dem Blackout in Bayern. Aber anstatt Ihre Fehler zuzugeben und das Ruder herumzureißen, greifen Sie lieber verbal in die nukleare Mottenkiste.

Viele Menschen haben zu Recht Angst, dass es in Tschernobyl zu einem neuen Atom-GAU kommt und dass es im beschossenen Atomkraftwerk in der Ukraine vielleicht doch noch zu einem Unfall kommt. Dem Bayerischen Ministerpräsidenten fällt nichts anderes ein, als wieder nach Atomkraftwerken zu rufen. Auch heute thematisieren Sie wieder in Ihrem Antrag, ob die von Ihnen geforderte Prüfung durch die Bundesregierung schon stattgefunden hat. Die Ergebnisse sind glasklar:

Erstens. Die bereits stillgelegten AKWs können aus rechtlichen Gründen nicht wieder in Betrieb genommen werden.

Zweitens. Die wenigen noch laufenden Kernkraftwerke in Deutschland leisten weder einen relevanten Beitrag zur Stromerzeugung, noch verfügen sie über die nötigen Brennstäbe, noch könnten sie deswegen schnell wieder sinnvoll in Betrieb genommen werden.

Ihr CDU-Kollege Friedrich Merz propagiert ja schon lange den Wiedereinstieg in diese brandgefährliche Energieerzeugung. Offenbar planen Teile der Union schon länger offen den Ausstieg aus dem Atomausstieg. Diesen gefährlichen Weg gehen wir aber nicht mit.

Der Freistaat ist derzeit leider nur ein Scheinriese bei den erneuerbaren Energien. Je näher man hinschaut, desto besser erkennt man, wie schlecht es unter der Regierung Söder um eine zukunftssichere Energieversorgung bestellt ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie die Situation gern schönreden, Herr Aiwanger, wird im Freistaat nicht einmal die Hälfte unseres hohen Strombedarfs aus eigener Produktion durch erneuerbare Energien gedeckt. Die Stromquote betrug 2018 gerade einmal 46 %. Damit rangiert der Freistaat auf Rang sieben hinter anderen Bundesländern. Er kommt weit abgeschlagen nach Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Bayern muss im Gegensatz zu diesen Ländern Strom importieren. Wenn wir wirklich von Putins Gas unabhängig werden wollen, dann muss jetzt sofort der Windkraftstopp 10 H aufgehoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen beim Ausbau von Windenergie, Geothermie, klimaneutralem Verkehr und klimaneutraler Wärmegewinnung richtig Tempo machen, aber auch beim Ausbau der notwendigen Stromleitungen. Deshalb fordern wir in unserem Antrag ein Sofortprogramm zum Ausbau der Windkraft in Bayern und eine eigene bayerische Förderung von Wärmespeichern, damit der Überschussstrom sinnvoll genutzt werden kann und nicht abgeriegelt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen außerdem eine bessere Förderung von Geothermie im Freistaat und zahlreiche weitere Maßnahmen. Sie können das alles in unserem Dringlichkeitsantrag nachlesen.

Verabschieden Sie sich deswegen jetzt von Ihrem ideologischen Ballast und Ihrem Populismus in der Energiepolitik. Unser Bayern braucht einen ehrgeizigen Ausbau der erneuerbaren Energien, allen voran von Windkraft und Geothermie, damit wir von Pu-

tins Gas und Öl unabhängig sind, damit die Energie für die Menschen und die Industrie bezahlbar bleibt und natürlich damit es mit dem Klimaschutz klappt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn. Es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr von Brunn, Sie und Ihre SPD präsentieren hier einen Dringlichkeitsantrag mit dem offiziellen Titel der Energieunabhängigkeit. Wenn man aber reinschaut, dann sieht man, dass Sie mal wieder die Kommunen verpflichten wollen, also dass hier Ihr Zwangssozialismus zum Vorschein kommt. Personeller und finanzieller Aufwand soll betrieben werden. Das heißt, Sie wollen Geld und Stellen für Ihre Politik, Ihre Klientel. Dabei ist es doch so, dass Sie in Ihrem Antrag genau das Gegenteil von dem propagieren, was Energieunabhängigkeit ist. Sie wollen nämlich die Kernkraftwerke abschalten. Aber gerade diese brauchen wir für eine Versorgungssicherheit in solchen krisengeschüttelten Zeiten.

Meine Frage ist: Haben Sie noch nicht mitbekommen, dass die EU-Kommission die Kernenergie gerade als nachhaltig definiert hat? Stellen Sie sich sozusagen als SPD nun auch gegen die Vorstellungen der EU-Kommission?

Florian von Brunn (SPD): Wir haben die Klassifizierung der Kernenergie als nachhaltig als SPD nicht so gesehen und nicht mitgetragen. Wir wissen, dass die AfD weiterhin für Kohle, Atomkraft und den Diesel ist, für alles, was mit Klima- und Umweltschutz nicht unter einen Hut zu bringen ist. Wir wissen auch, dass die AfD traditionell bei Herrn Putin auf dem Schoß sitzt.

(Anhaltender Widerspruch bei der AfD)

Deswegen kann ich leider auch Ihre Zwischenbemerkung nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Alexander König. Herr Kollege König hat das Wort. Bitte sehr.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion versucht mit ihrem Antrag, den Eindruck zu erwecken, als ob es möglich wäre, mit einem Beschleunigungspaket für regenerative Energien die Energieunabhängigkeit zu erreichen. Herr von Brunn, ich sage Ihnen voraus: Die Märchen, die Sie hier jede Woche erzählen, werden sich in absehbarer Zeit für alle Menschen erkennbar in Luft auflösen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage: leider. Natürlich wäre es schön, wenn es so einfach wäre, allein über den Ausbau der regenerativen Energieträger all unsere Energieprobleme zu lösen. Aber es ist leider nicht realistisch. Vor allem ist es vom Zeithorizont her nicht realistisch, das in absehbarer Zeit zu erreichen. Es wird einer längeren Übergangszeit bedürfen, um von den klassischen Energieträgern wegzukommen, hin zu den regenerativen.

Sie haben in Ihrem Dringlichkeitsantrag einzelne Punkte in der Art von Sprechblasen aufgeführt, natürlich sehr allgemein, unter anderem ein Beschleunigungsprogramm für den PV-Ausbau. Da müssen Sie uns einmal sagen, wie das im Einzelnen gehen soll. Ich sage Ihnen aus der Praxis aus dem Landkreis Hof, dass bei uns in einer Gemeinde zurzeit eine PV-Anlage mit einer sagenhaften Fläche von 60 Hektar projektiert wird. Ich erlebe dort gerade, was für ein langwieriger und langjähriger Vorgang es ist, bis irgendwann einmal aus der dann vielleicht entstehenden PV-Anlage Strom kommen wird. Das sind viele schöne Vorschläge, die aber im Ergebnis keinesfalls dazu dienen werden, die Energieprobleme, die wir aktuell haben und aktuell lösen müssen, auf die Reihe zu bekommen.

Ich sage Ihnen, was an dem Antrag richtig ist. Im sechsten Spiegelstrich schreiben Sie, man brauche ein Konzept für den Wasserstoffimport. Da haben Sie immerhin völlig richtig erkannt, dass wir in Zukunft in erheblichem Umfang Wasserstoff importieren werden müssen. Aber das Problem ist: Diesen Wasserstoff gibt es bisher in dieser Menge nirgendwo auf dieser Welt. Ich war zum Beispiel mit dem Herrn Staatssekretär Weigert in Abu Dhabi, wo man sehr bemüht ist, mit der Wasserstoffproduktion zu beginnen und auch grünen Wasserstoff über die Photovoltaik herzustellen. Da ist man noch nicht ansatzweise so weit, um nennenswerte Mengen irgendwohin auf der Welt liefern zu können. Das sind Zukunftsthemen; da haben Sie recht. Aber es ist falsch, den Leuten zu erzählen, dass wir dadurch Energieprobleme, die wir im Moment haben, lösen könnten.

(Zuruf)

Richtig ist, dass wir in Deutschland zurzeit einen Bedarf von annähernd 100 Milliarden Kubikmetern Gas im Jahr haben. Richtig ist, dass wir zurzeit etwa 1,8 Exajoule – das werden die wenigsten wissen; ich musste es auch nachschauen, das ist eine Zahl mit 18 Stellen hinter dem Komma, also 10^{18} – Kohle im Jahr verbrauchen.

Kolleginnen und Kollegen, wir stehen im Moment vor einer gescheiterten Energiepolitik. Jetzt können Sie von Grün, von Rot und von Gelb sagen, es sei die alte Bundesregierung gewesen, die dies und jenes versäumt habe. Aber richtig ist, dass wir im Herbst, als die Bundesregierung gewechselt hat, noch eine sichere und bezahlbare Energieversorgung hatten.

(Zurufe)

Heute, ein halbes Jahr später – für diesen Umstand können Sie nichts – hat ein Aggressor die Energiepolitik der Bundesrepublik regelrecht zerschossen, im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist eine völlige Illusion, zu glauben, dass diese Mengen an Gas, von denen wir im Moment leider abhängig sind, in absehbarer Zeit durch regenerative Energien ersetzbar wären.

(Zuruf)

Wir stimmen mit Ihnen darin überein – das sagen wir nicht zum ersten Mal –, dass wir die Regenerativen ausbauen müssen. Aber mit solchen windigen Papieren und solchen Luftblasenvorschlägen, wie Sie sie hier vorgetragen haben, wird die Energiewende keinesfalls gelingen.

(Zuruf)

Herr von Brunn, ich will Ihnen deutlich sagen: Energiepolitik ist zunächst einmal Bundespolitik. Sie und Ihre Ampelkoalition sind gefordert, diese neue Herausforderung anzunehmen und schnellstmöglich ein realistisches Energiekonzept vorzulegen.

(Zuruf)

Da reicht es nicht, zu sagen, wogegen Sie sind, dass Sie nicht wieder in die Kohle oder Kernenergie einsteigen möchten, sondern da müssen Sie auf Bundesebene erst mal ein in sich schlüssiges Konzept vorlegen, wie Sie diese Energieversorgung, die zurzeit in Deutschland insgesamt wirklich an der Wand steht, überhaupt sichern wollen.

(Beifall bei der CSU)

Wir, die CSU-Fraktion, werden alles in unserer Macht Stehende tun,

(Zuruf)

hier konstruktiv an den Vorschlägen mitzuarbeiten. Aber es wird in jedem Fall völlig unzureichend sein, immer nur zu sagen, was man nicht will, und zu sagen, wir würden unsere Probleme mit Windrädern und mit Photovoltaik lösen.

In meinem Nachbarlandkreis Kronach sind die bekannten drei großen Glashütten. Allein für diese drei Glashütten bräuchte man 300 moderne große Windräder. Wir haben in Bayern zurzeit 1.100. Das habe ich Ihnen alles schon mal vorgerechnet, dass wir in

Kürze Zehntausende Windräder bräuchten, um diese Energiemengen zu erstellen. Deswegen sind Ihre Vorschläge nichts anderes als Luftblasen. Sie führen nirgendwohin.

(Zuruf)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege König. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr interessant, dass der CSU-Vorredner, Herr König, zugegeben hat: Die Energiepolitik in Bayern ist gescheitert. Das möchte ich hier noch mal klar und deutlich betonen:

(Zuruf)

Ihre Energiepolitik ist ein Scherbenhaufen und ist maximal gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Krieg in der Ukraine führt uns auf schockierende Art und Weise die enorme Abhängigkeit vor Augen, in die wir uns begeben haben, Deutschland, aber speziell auch Bayern. Denn gerade das Bundesland Bayern hängt massiv am Tropf von Russland. 20 Milliarden Euro gibt Deutschland Jahr für Jahr für Energie, für Öl und Gas, aus Russland aus. In Bayern allein sind es 5,7 Milliarden Euro. Das sind 30 % der deutschen Importe. Kein anderes Bundesland – mit Abstand – braucht so viel Gas und Öl aus Russland. Wenn man das mal runterrechnet: Das sind Tag für Tag 15 Millionen Euro, die Bayern an die Kriegskasse von Putin überweist. Das ist Ihre Schuld, das haben Sie verursacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird also allerhöchste Zeit, endlich aus diesen Abhängigkeiten rauszukommen und diesen fossilen Energiehunger zu reduzieren; denn er hat einen enorm hohen Preis für unser Klima, aber auch für unsere Sicherheit. Da gilt es jetzt eben nicht nur, zu sagen, was alles nicht geht, was Sie in Ihrem Beitrag gemacht haben, Herr König, sondern da geht es darum, konstruktiv zu sein und Lösungsansätze vorzustellen. In Ihrem Dringlichkeitsantrag – wir werden es später noch einmal haben; mich wundert, dass die Anträge nicht zusammengezogen wurden – zeigen Sie nichts davon auf. Da ist kein einziger Punkt, wo konkret aufgezeigt wird, was in Bayern getan werden kann.

Was in den nächsten Monaten auf uns zukommt, wissen wir alle nicht. Wir hoffen sehr, dass es sehr schnell ein Ende findet, dass die Verhandlungen vielleicht erfolgreich sind. Es kann aber sein, dass es sich noch Monate hinzieht. Jetzt geht es darum, vorzusorgen, damit wir sicher über den nächsten Winter kommen, damit wir sicherstellen, dass unsere Gasspeicher so maximal wie möglich gefüllt sind, dass die Gasvorräte da sind, dass auch in anderen Bereichen die Ressourcen da sind. Genau das macht unser Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck 24 Stunden am Tag. Er bemüht sich und versucht, hier Lösungen zu finden. Wir erwarten genau das auch von einer Bayerischen Staatsregierung, dass sie lösungsorientiert und rational arbeitet. Das sehen wir aber in keiner Weise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen jetzt eine Krisenwirtschaft. Wir haben zwei große Krisen. Das ist die Klimakrise. Der IPCC-Bericht von letzter Woche hat es deutlich gemacht: Wir haben maximal hohe CO₂-Emissionen. Und wir haben die Krise in der Ukraine. Darauf müssen wir reagieren, jeder mit den Mitteln, die er hat.

(Zuruf)

Wir haben hier in Bayern Möglichkeiten. Es gibt kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen. Der größte Engpass, den wir haben, ist im Gasbereich. 80 % unseres Gasverbrauchs gehen in die Bereiche Wärme und Industrie. Da hat es mich schwer gewundert, Herr Aiwanger, dass Sie letzte Woche bei Ihrer Pressekonferenz kein Wort darauf verwendet haben, wie man diesen Verbrauch im Wärmebereich und im Industriebereich reduzieren könnte. Kein einziges Wort! Das Einzige war: Wir sollten mehr Kohle importieren. Aber in einen Gaskessel, Herr Aiwanger, kann man schlecht Kohle hineinwerfen. Wir brauchen hier klare Maßnahmen. Die gilt es zu ergreifen. Das sind jetzt vor allem kurzfristige Maßnahmen, die wir dieses Jahr durchführen können, zum Beispiel im Bereich Einsparungen und Effizienz. Das können wir 2022 tun. Eine Kampagne für Energiesparberatung, eine Kampagne für die Effizienz. Ich werde es später beim Dringlichkeitsantrag der CSU genauer vorstellen. Das können Sie jetzt sofort tun, anstatt immer nur nach Berlin zu weisen.

Sie können nächsten Dienstag, wenn wir hier unser grünes Wärmegesetz vorstellen, mal über Ihren Schatten springen. Wir sind momentan in einer Krisensituation. Da muss man nicht immer reflexhaft reagieren und, sobald was von der Opposition kommt, sagen, es ist Mist. Wir sind in einer Krise. Da erwarte ich, dass Sie ernsthaft mitarbeiten und ernsthaft an die Themen herangehen. Da kann man auch einmal zustimmen. Jetzt gilt es, die Kräfte zu bündeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dem SPD-Antrag werden wir zustimmen. Alle mittelfristigen Maßnahmen, die dort enthalten sind, sind richtig. Das sind auch unsere Maßnahmen: Ausbau der Windkraft, endlich die Abschaffung von 10 H, Ausbau von Solarenergie, die Geothermie stärken, ein Wärmegesetz. Wir brauchen ein wirksames Klimagesetz. All dies können wir tun.

In den Schubladen der Ministerien schlummern einige gute Entwürfe. Die gilt es endlich rauszuholen und umzusetzen. Kein anderes Bundesland ist mehr aufgerufen, hier endlich aktiv zu werden. Kein anderes Bundesland hängt stärker am Tropf von Russ-

land. Deswegen jetzt freie Fahrt für die Wärmewende und für die Verkehrswende, ein Schub für die erneuerbaren Energien und Abschaffung von 10 H!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stümpfig, vielen Dank. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Stümpfig, Sie von den GRÜNEN haben uns ja schon vor Jahren versprochen, dass der Liter Sprit irgendwann einmal 5 DM kosten wird. Herzlichen Glückwunsch, Sie haben das jetzt erreicht. Wir haben an den ersten Tankstellen jetzt einen Preis von 2,50 Euro.

Das heißt, wir stehen in einer großen Krise. Das Land steht vor einem großen Mangel. Deswegen möchte ich jetzt nicht weiter ironisch, sondern ganz klar sagen: Die Absicht, dieses Industrieland in Zukunft mit Windmühlen anzutreiben, ist schlichtweg eine Realitätsverweigerung.

Sie sprechen hier nur von Einsparungen und Effizienz. Die Leute wissen nicht, wie sie das bezahlen. Wir wissen nicht, ob wir überhaupt genug Treibstoff haben werden, um warme Winter zu verbringen. In Ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag sprechen Sie nur von Beratung, Fortbildung und angeblichen Sozialprogrammen. Sie wollen hier offenbar keine grundlastfähigen Energieformen fördern. Das haben Sie gerade eben noch mal eindrücklich dargelegt.

Ich frage Sie: Halten Sie es auch, wie gerade geäußert, mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Gauck, der gesagt hat – ich zitiere –: "Wir können auch mal frieren für die Freiheit." Ist das Ihre Zukunftsvision?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wenn Sie in den letzten Tagen einmal geschaut haben, wie sich die Energiepreise an der Börse entwickelt haben, dann sehen Sie wieder einmal, dass genau dann, wenn viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, die

Preise runtergehen. Jetzt aktuell ist die Stromerzeugung aus Solarenergie an der Spitze; in den letzten Wochen war es hauptsächlich die Windkraft.

Das ist der Erfolg der erneuerbaren Energien. Das ist der Erfolg der Energiewende, die wir GRÜNEN mit eingeleitet haben. Ansonsten würden wir ganz woanders stehen. Wenn es nach der CSU und den FREIEN WÄHLERN ginge, würden wir uns nur noch auf die fossilen Energien verlassen. Der Weg, den wir aufzeigen, führt in die Richtung, dass die Energiepreise runtergehen. Das ist die einzige Möglichkeit.

Ich hoffe, dass den meisten hier im Parlament mittlerweile klar sein wird – ich glaube, Ihnen vielleicht nicht –, dass der einzige Weg, aus diesen Abhängigkeiten heraus – und zu echtem Klimaschutz hinzukommen, jener über den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie das Einsparen von Energie ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stümpfig, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Rainer Ludwig für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland muss nicht zuletzt wegen der Ukraine-Krise unabhängiger von fossiler Energie werden. Ich glaube, darin sind wir uns alle einig.

Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit und Bezahlbarkeit gilt es durch eine nachhaltige, klimaneutrale Energie-, Wärme- und Mobilitätswende zu gewährleisten. Hierzu bedarf es einer massiven Beschleunigung beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Das Ziel ist ein fundamentaler Umbau unserer Energieerzeugung zugunsten dezentraler Strukturen und regionaler Wertschöpfung.

Bis genug erneuerbare Energien vorhanden sind, die Energieeffizienz gesteigert und die Industrie auf Wasserstoff umgestellt ist, werden sicherlich noch einige Jahre vergehen. Es gilt deshalb – ich betone: aus aktuellem Anlass –, alle politischen Optionen

ohne Denkverbote offenzuhalten. Herr Stümpfig, das gilt auch für eine temporäre Aussetzung des Atomausstiegs.

Ich sage es nochmals ausdrücklich: Wir sind keine Befürworter der Kernkraft. Herr von Brunn, den Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir strikt ab. Aber wir müssen angesichts der derzeitigen Unsicherheit alle Möglichkeiten, auch Laufzeitverlängerungen, als Notfallkapazitäten zumindest einmal prüfen. Genau das wird in Ihrem Antrag ausgeschlossen. Ich muss auch Ihnen, Herr von Brunn und Herr Stümpfig, sagen: Da haben Sie die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Unsere Devise lautet: Das eine tun und das andere nicht lassen. Wir wollen zur Sicherung der Energieversorgung auch temporär stärker auf Kohle setzen: Kohle zur Nutzung in der Netzreserve. Darum muss auch der vorzeitige Ausstieg hier genau betrachtet werden.

Absolute Priorität, ich betone das ausdrücklich, und eine zentrale Schlüsselfunktion haben für uns FREIE WÄHLER aber die erneuerbaren Energien. Für eine technologieoffene Energiewende und für einen fulminanten Ausbau treten wir ein. Wir haben dazu auch gezielte Vorschläge und nicht nur pauschale Forderungen wie Sie.

Meine Damen und Herren, Sonnenenergie muss zum Beispiel eine freie Bürgerenergie werden, die jedermann unkompliziert nutzen kann. Wir fordern unter anderem, die Eigenversorgung mit Photovoltaikstrom komplett von den Umlagen zu befreien. Wir wollen, dass auch Freiflächen- und Agri-PV-Anlagen allein aus steuerlichen Gründen künftig dem landwirtschaftlichen Betrieb zugerechnet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir stehen zum ambitionierten Ausbau. Ich richte diese Botschaft noch einmal an Sie, damit Sie das endlich begreifen. Wir stehen zum ambitionierten Ausbau der Windkraft, auch zu einer Evaluierung der 10-H-Regelung bei Windrädern in ausgewiesenen Vor-

rang- oder Vorbehaltsgebieten, im Wald oder im Repowering. Wir reden hier von 1.800 Anlagen. Das macht, wenn man es umrechnet, circa 1 % der Fläche in Bayern aus. Das tun wir wohlgerne immer im Einvernehmen und mit der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen auch die Kommunen an den Entscheidungsprozessen und der Wertschöpfung beteiligen.

Wir fordern Investitionen zur Realisierung von Geothermieprojekten im großen Stil. Wir wollen explizit auch den Biomasseanteil durch die Steigerung der Biogasproduktion erhöhen. All diese Potenziale gilt es gezielt zu heben und zu optimieren.

Meine Damen und Herren, die Energiewende muss, wie unser Wirtschaftsminister jetzt fordert, mit einer gewaltigen Sonderinvestitionssumme, mit einem Programm in Höhe von 100 Milliarden Euro vom Bund kraftvoll unterstützt werden. Hier müssen Sie in Berlin die Akzente setzen. Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie sollten Ihren Antrag lieber einmal auf Bundesebene einbringen; denn dort stehen Sie in der Regierungsverantwortung. Dort muss der Turbo dringend gezündet werden.

Ihren Antrag lehnen wir ab. Aus zeitlichen Gründen verweise ich auf meine Ausführungen in der Aktuellen Stunde heute, bei der Sie, Herr Stümpfig, leider abwesend waren, und auf unseren eigenen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Ludwig, Sie bekommen eine Redezeitverlängerung. – Es liegen zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. Die erste stammt vom Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Ludwig, wissen Sie, es ist ein bisschen peinlich, wenn Sie eine Prüfung des Weiterlaufens oder der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken hier einfordern; denn das Prüfergebnis liegt bereits seit diesem Dienstag vor. Ich weiß, dass die FREIEN WÄHLER nicht im Deutschen Bundestag

vertreten sind, deshalb sind die Informationszugänge für Sie etwas schwieriger. Aber wenn Sie sich zu diesem Thema äußern, sollten Sie sich doch zumindest einmal informieren. Alle Argumente sind darin aufgelistet, die genau zeigen, weshalb es nicht möglich ist und es keinen Sinn macht, die Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen. Bei der Kohle ist es anders. Ich finde aber, wenn man sich zur Energiepolitik äußert, sollte man in dem Bereich wenigstens einen Hauch von Ahnung haben.

Zweitens sage ich Ihnen: Sie sagen, Sie prüfen, die 10-H-Regelung aufzuheben, und setzen sich für die Windkraft ein. Nach meiner Rechnung sind die FREIEN WÄHLER jetzt dreieinhalb Jahre mit in der Regierung. Sie haben in diesem Bereich eigentlich gar nichts erreicht. Das ist eine Bankrotterklärung. Sie haben eine Mitschuld an dieser desolaten Energiepolitik in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Ludwig, bitte schön.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr von Brunn, wenn Sie hier auf Berlin verweisen und sagen, dass dort entsprechende Recherchen betrieben worden sind, erwidere ich Ihnen: Wir müssen nicht nach Berlin gehen, sondern wir haben hier in Bayern recherchiert. Wir haben hier unser Wirtschaftsministerium, und wir haben hier unser Umweltministerium. Sie müssen uns nicht für dumm verkaufen. Wir haben Recherchen und Umfragen angestellt. Wir können, was den Atomstrom betrifft, technisch, politisch und rechtlich beweisen, dass eine Verlängerung der Atomkraft vorübergehend – die Betonung liegt auf "vorübergehend" und nicht auf "dauerhaft" – möglich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Meldung zu einer Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, wir wissen vom Bundeswirtschaftsministerium, dass die Beschaffung von frischen Brennelementen 18 bis 24 Monate dauert; denn es handelt sich dabei um Maßanfertigungen für jedes Kernkraftwerk. Das sind alles Unikate. Glauben Sie, dass es in Bayern auf einmal schneller geht?

Ein Streckbetrieb, wenn ich sage: "Ich lasse die alten noch drin", geht maximal 80 Tage. Ist das bei Isar 2 anders, Herr Ludwig? Wo kommt das Uran her, das Sie beziehen wollen? – Es kommt zum Großteil aus Russland! Ist es dann für das LfU einfacher? Oder haben Sie andere Quellen, weil Sie ja so gute Beziehungen nach Russland haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Stümpfig, auf Ihren Schlusssatz möchte ich gar nicht mehr antworten. Ich glaube, die Ironie, die Sie hier aufbringen, erübrigt sich. Aber Sie wissen ja, dass ich generell versuche, wenig emotional und in aller Sachlichkeit zu antworten. Das tue ich hiermit auch. Die Antwort ist eigentlich die gleiche wie die, die ich Herrn von Brunn gegeben habe: Wenn unsere Ministerien feststellen, dass eine Laufzeitverlängerung von momentan noch laufenden Kraftwerken oder von erst kürzlich stillgelegten Kraftwerken möglich ist, dann glauben Sie doch dieser Botschaft und stellen Sie hier nicht irgendwelche ideologischen Vorstellungen in den Raum, die nicht wahr sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Prof. Dr. Ingo Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Fehlentscheidung in der Politik zu treffen, kommt vor und ist daher noch verzeihlich. Dieselbe Fehlentscheidung zu wiederholen, kann unter Umständen noch als

Nachlässigkeit durchgehen. Aber immer wieder dasselbe zu tun und zu fordern, aber ein anderes Ergebnis zu erwarten, ja, meine werten Damen und Herren, das ist die Definition von Wahnsinn.

(Zurufe)

Die Auswüchse genau dieses Wahnsinns – also das, was wir gerade gehört haben –, dem der rote Teil dieses Hohen Hauses offenbar verfällt, sehen und spüren unsere Bürger bei den elementarsten Dingen des Alltags, zum Beispiel beim Gang an die Zapfsäule. Die Preise für Benzin und Diesel erreichen für Normalbürger mittlerweile unerschwingliche Höhen. Ein Herr Scholz muss natürlich nicht selbst tanken gehen, und da ihm – Zitat – aufgrund seines ganz ordentlichen Einkommens viele Preise einfach nicht bewusst sind – Zitatende –, interessiert es ihn nicht. Sprit, Strom, Wärme – alles wird für unsere Bürger nach und nach unerschwinglich.

Aber Herr von Brunn hat auch nach dem Kriegsausbruch den Schuss noch nicht gehört. Er tritt in die Fußstapfen seines ehemaligen Kanzlers Gerhard Schröder, der diese unsägliche Energiewende begründet hat.

(Beifall bei der AfD)

So viel zum "Auf dem Schoß sitzen", Herr von Brunn. – Starr hält seine SPD an ihrem zentralen Dogma fest: dem deutschen Sonderweg der Energiewende bzw. der sogenannten Rettung des Weltklimas durch die Umverteilung deutschen Steuergeldes von unten nach oben. Die Kleinen zahlen, wenige Große verdienen – ganz im Sinne der sozialen Gerechtigkeit à la SPD.

Ihr ideologischer Überbietungswettbewerb ist dabei mit immer denselben Formulierungen gespickt.

Erstens. Sie wollen Geothermie. Dafür müssten Sie aber ein dickes Brett bohren – und ein tiefes Loch, genau hier, wo ich stehe, 3.000 Meter tief durch die gesamte Molasse.

Sprich: Es wird richtig teuer für die Bürger. Außerdem riskieren Sie, mit den Bohrungen Erdbeben auszulösen und unser Trinkwasser zu verunreinigen.

Zweitens. Sie wollen Flatterstrom aus Windindustrieanlagen, ohne Abstand versteht sich. Aber erstens ist Bayern generell kein gutes Windland, was schon ein Blick in den Bayerischen Windatlas zeigt, und zweitens ist der Wind unkalkulierbar und unzuverlässig.

(Zuruf)

Drittens. Sie wollen noch mehr Flatterstrom aus Photovoltaikanlagen, obwohl diese große Flächen versiegeln und zusätzlich das Mikroklima aufheizen. Aber das passt offenbar ganz hervorragend in Ihre verquere Klimalogik.

Meine Damen und Herren, dieser Dringlichkeitsantrag zeigt nur einmal mehr, zu welcher Mogelpackung die SPD geworden ist: weder sozial noch demokratisch und schon gar nicht energiesicher.

Dabei braucht man gerade in Krisen Verlässlichkeit. Ich mahne: Kehren Sie auf den Boden der Vernunft zurück! Nutzen Sie Ihre parlamentarischen Möglichkeiten endlich zum Wohle der Bürger für einen grundlastfähigen Energiemix! Machen Sie endlich wieder Politik für Bayern und Deutschland, ohne regenerative Luftschlösser, aber mit europäischem Gas, europäischer Kohle und Kernkraft!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Albert Duin.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Antrag der SPD fasse ich mich möglichst kurz, weil Julika Sandt später einen wichtigeren Antrag vorbringen wird.

Die größten Gasgeschäfte, die wir jemals erlebt haben, hat ja wohl unser Altbundeskanzler Schröder eingefädelt; das muss man doch mal so sehen. Die meisten der in Ihrem Antrag aufgelisteten Punkte sind doch Blabla; das haben wir doch alles schon gehabt, da ist doch nichts Neues dabei.

Tatsache ist – und jetzt treffe ich alle –: Ich habe immer mehr das Gefühl, dass in allen Parlamenten im Moment ein Wettbewerb von Traumtäänzern stattfindet. Das ist doch unglaublich! Egal, wie viel PV- oder Windkraftanlagen wir bauen, zusätzlich brauchen wir Kraftwerke, und deren Anzahl muss natürlich parallel zu diesen sogenannten Erneuerbaren – Erneuerbare gibt es eigentlich nicht – auch steigen. Das bedeutet: mehr Gaskraftwerke oder eben mehr Kohlekraftwerke.

Die ganze Gesellschaft in Deutschland wurde von den grünen Ideologen hinter die Fichte geführt. Sie sind in allen Bereichen, von NGOs bis rauf in die Verwaltungsebenen der EU, vertreten. Von wegen Politik gibt die Ziele vor! Die meisten Ziele werden von Firmen, Unternehmen der Windkraft und Photovoltaik vorgegeben, die es geschafft haben, ihre Leute an den richtigen Stellen zu installieren, und die treiben uns. Ein bisschen naturwissenschaftliches Wissen wäre schon von Vorteil, um einen gewissen Überblick zu behalten.

Dann kommt wieder der Plan mit Wasserstoff. Wasserstoff ist eine super Sache, und er wird irgendwann das Erdgas ersetzen; aber dieser Stoff muss erst mal produziert werden. Dabei ist das Problem der geringe Wirkungsgrad von 25 %. Ich bin dafür, dass wir Windkraft nutzen und Photovoltaik, aber man darf sich doch nicht in Träumen verlieren!

Zur Kernkraft: Wenn es möglich ist, müssen wir über einen Weiterbetrieb nachdenken. Alle reden immer von Technologieoffenheit, aber wenn es ihnen nicht passt, dann gehört das natürlich nicht zu dem Spektrum, über das man nachdenken muss. Denken wir wirklich, dass die uns umgebenden Länder alle bescheuert sind? – Es kann doch nicht sein, dass wir glauben, wir seien die Spitze des Eisberges und wüssten alles

darüber. Beim übernächsten Dringlichkeitsantrag kommen wir noch mal dazu. Zu diesem Antrag: Ablehnung.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon.
– Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Florian von Brunn vor.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Duin, ich weiß nicht, ob Sie ab und zu Zeitung lesen. Im "Focus" wird der Parteivorsitzende der FDP, Finanzminister Christian Lindner, vor ein paar Tagen zitiert: "Bundesfinanzminister Christian Lindner verspricht sich von einer etwaigen Neuorientierung bei der Atomkraft [...] keine baldige Entlastung bei der Energieversorgung." – Also, selbst Herr Finanzminister Lindner – –

Albert Duin (FDP): Ich bin ein selbst denkender Mensch.

Florian von Brunn (SPD): Ah, okay. Das wollte ich nur klären. Vielen Dank.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Noch hat Herr von Brunn das Wort.

Albert Duin (FDP): Du hast mir ja schon einmal vorgeworfen, dass ich ein freier Radikaler sei. Mag so sein, aber ich habe meinen Kopf zum Denken. Ich komme aus der Naturwissenschaft, und deswegen kann ich dem ganzen Schmarrn nicht zustimmen.

(Zuruf)

– Ja, ist gut.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die Bayerische Staatsregierung Herr Staatsminister Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bereits in den letzten Wochen einiges zum Thema Energiewende und erneuerbare Energien diskutiert:

Was können wir tun? Was müssen wir tun? Was ist schwierig, wo müssen wir die Menschen mitnehmen, und wo können wir als Staat vielleicht vorausmarschieren in der Hoffnung, dass die Bürger mitgehen? – Uns ist aber klar, dass wir diesen Weg nur mit den Bürgern gemeinsam gehen können.

Heute ist die Debatte, was wir landespolitisch tun können, um der Energiewende Schub zu geben. Reicht das, um mehr Unabhängigkeit von Importen fossiler Energieträger zu erreichen? Wir sehen hier einen parteipolitischen Schlagabtausch, der vielleicht auch sein muss, um die Argumente abzuwägen, um zu klären und dann vielleicht auch für die Öffentlichkeit und für uns selber die einen oder anderen neuen Argumente in ein Gesamtbild einzufügen.

Dieses Gesamtbild brauchen wir heute mehr denn je – von der kommunalen Ebene über die Landespolitik bis zum Bund, bis zu Europa und bis zur Weltpolitik. Wir sehen jetzt einfach, dass Energiepolitik auch Verteidigungspolitik ist und dass Energiepolitik eine Grundlage unseres Wohlstandes ist. Wir haben in den letzten Jahrzehnten die Segnungen von billigen fossilen Energieträgern hingenommen und genossen, was dazu geführt hat, dass der Urlaub für jeden erschwinglich war. Einmal um die halbe Welt zu fliegen war bezahlbar. Die Lebensmittel waren billig, weil die Landwirtschaft billige Energie hatte und Preise für Produkte wie Düngemittel usw. auch mit dem Energiepreis zusammenhängen.

Wir haben Fläche, die früher für die menschliche Ernährung genutzt wurde, für die Freizeitgestaltung frei bekommen. Wo früher landwirtschaftliche Fläche war, um Mensch und Vieh zu ernähren, konnte zum Beispiel plötzlich Golf gespielt werden. Jetzt stellen wir fest, dass die Abkehr von den fossilen Energieträgern oder die Sorge, von den fossilen Energieträgern abgeschnitten zu werden oder davon abhängig zu sein, unser Weltbild plötzlich auf den Kopf stellt und plötzlich alles neu gedacht werden muss: von der Lebensmittelversorgung bis hin zum Wohlstand des Einzelnen. Können wir am Wochenende noch so nebenher einmal schnell zum Skifahren fahren, wenn an der Tankstelle 2,50 Euro angeschrieben sind? Können wir die Wohnung noch

so heizen, wie wir es gewohnt sind, und dann im Winter, relativ leicht bekleidet, das gesamte Haus aufheizen? Sind wir zum Sparen verdonnert oder verpflichtet?

Jetzt will ich das Ding zu Ende spielen. Wir haben in den letzten Tagen in der Wirtschaft sehr viele Krisengespräche gehabt, so auch heute Früh. Es gibt fast keinen Tag, an dem wir nicht mit der Wirtschaft Krisengespräche führen, die ja den Angstschweiß auf der Stirn hat. Wenn es wirklich zu Versorgungsengpässen käme, würde die Welt sehr schnell etwas anders aussehen.

Wenn die GRÜNEN davon überzeugt sind, dass es auf die Schnelle mit erneuerbaren Energien geht oder gar sagen: Na ja, Bayern ist der größte Kunde für fossile Energieträger, dann frage ich: Ja, warum? – Weil wir im Vergleich zu einigen anderen Bundesländern, die Sie aufgezählt haben, viel dichter besiedelt sind und weil wir Industrie haben. Wir werden sehr schnell feststellen, was es bedeutet, wenn BMW nicht mehr produziert, wenn die Lech-Stahlwerke ihre Produktion einstellen, weil sie denselben Energiebedarf haben wie die gesamte Stadt Augsburg. Okay, wenn diese nicht produzieren, dann schafft man es mit Windrädern & Co. Wenn wir aber weiterhin hoch bezahlte Arbeitsplätze haben wollen, weswegen eben auch viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind – bei uns gibt es nämlich Arbeitsplätze –, brauchen wir Energie. Die Regionen, die Sie aufgezählt haben, sind ja gebietsweise menschenleer. Die Menschen sind zu uns gekommen; sie sind zu den Arbeitsplätzen gekommen.

Wir müssen also der Ehrlichkeit halber sagen, dass wir unseren Wohlstand, unseren Industriestandort Bayern auf die Schnelle – ich werde nachher vieles zu den erneuerbaren Energien ausführen; ich bin ein großer Fan von ihnen –, kurzfristig mit erneuerbaren Energien nicht garantieren können. Wenn wir deindustrialisieren, dann schaffen wir das. Sagen Sie den Leuten aber nicht: Wir schaffen es kurzfristig mit erneuerbaren Energien und könnten dann ohne Importe auskommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich bin trotzdem der Überzeugung: Wir müssen von den fossilen Energieträgern loskommen – aus Gründen der Vernunft, aus Gründen der politischen Unabhängigkeit und aus Gründen der Wertschöpfung im Land. Wir geben jährlich – ich habe diese Zahl in den letzten zwei, drei Jahren hier schon öfter genannt – über 100 Milliarden Euro für Energieimporte fossiler Art aus. Das ist Geld, das wir uns sparen könnten – zwar nicht immer und überall, aber in vielen Fällen –, wenn wir mehr Energie selber erzeugen würden, wenn wir energieeffizienter wären und dergleichen mehr.

Bringen wir die Dinge doch einmal politisch auf den Punkt. Wenn kein russisches Erdgas mehr käme, hätten wir in wenigen Wochen keine Erdgasvorräte mehr. Die Lager sind nicht voll; sie sind nur zu einem Viertel gefüllt. Es ist auch ein Zeichen der politischen Naivität der letzten Jahre, dass sich der Staat überhaupt nicht darum gekümmert hat, dass wir genügend Gasvorräte haben, dass wir genügend Kohlevorräte haben. Bei Öl hatten wir eine nationale Reserve; bei Kohle haben wir sie nicht, bei Lebensmitteln haben wir sie quasi nicht. Insofern sind wir jetzt wirklich zu einer sehr späten Stunde aus dem Schlaf wachgerüttelt worden.

Wir wissen heute, was geschehen würde, wenn wir keine Importe von russischem Gas mehr hätten. Herr Stümpfig, Sie können uns hier gerne vorrechnen, wie viel Geld wir dafür überweisen – das wissen wir selber. Sagen Sie dann aber auch der Industrie, sagen Sie dem Gewerbe, sagen Sie dem Privathaushalt: Dann ist die Industrie abgeschaltet, dann sitzt der Privathaushalt im Kalten. Dann können und brauchen wir diese Gelder nicht mehr zu überweisen. Unsere Wirtschaft ist dann aber in wenigen Wochen fertig.

Mich wundert auch, dass ein Wirtschaftsliberaler wie Herr Merz sich dazu aus dem Fenster gelehnt hat. Ich sage: Sollten sich die Dinge politisch massiv zuspitzen, weiter eskalieren – sag niemals nie; vielleicht sagen wir irgendwann, dass wir nichts mehr kaufen und die Konsequenzen daraus in Kauf nehmen –, wäre dies aktuell fatal. Es wäre fatal, wenn wir diese Zulieferungen nicht mehr hätten, dann wäre bei uns in wenigen Wochen die Industrie, die Wirtschaft am Ende.

Halten wir also fest: Wir sind leider Gottes noch auf diese Importe angewiesen, sollten aber jetzt alles tun, um mit den noch laufenden Importen unsere Lager wieder zu füllen, statt sie weiter auszuzehren. Deshalb ist jetzt durchaus die Debatte darüber zu führen, wie wir Energie einsparen können. Viele Einsparungen kommen automatisch, obwohl wir sie nicht wollen. Wenn die Autoindustrie keine Kabelbäume mehr bekommt und stillgelegt wird, haben wir denselben Effekt, den wir zu Beginn von Corona hatten, dass nämlich die CO₂-Ziele plötzlich ungewollt automatisch erfüllt werden, weil nichts mehr produziert wird. Dann sind wir aufgrund der Situation deindustrialisiert. – Okay, dann ist dieses Ziel in den Köpfen von Ideologen auch erreicht.

Spielen wir die Dinge einmal durch. Sie kritisieren den Einsatz von Kohle und werfen uns vor, dass wir an der Kohle hängen. – Selbst Ihr eigener Bundeswirtschaftsminister hat gesagt, dass er eine nationale Kohlereserve aufbauen möchte, um wenigstens genügend Kohle zu haben. Ich sage Ihnen: Das ist sinnvoll; denn wenn wir die Kohlekraftwerke auch nicht mehr hätten, hätten wir am Ende gar nichts mehr. Wir müssen jetzt also alles dafür tun, um genügend Kohlevorräte zu haben, und wir müssen auch überlegen, wie wir jetzt mit den Kohlekraftwerken Gas einsparen und substituieren können.

In der Vergangenheit haben wir die Gaskraft als Brückentechnologie gesehen, um den Atomausstieg bewerkstelligen zu können und um aus der Kohle herauszukommen. Jetzt müssen wir die Dinge eventuell wieder andersherum sehen und froh sein, dass wir die Kohle als Brückentechnologie noch haben, um die vielleicht nicht mehr sicheren Gaslieferungen absichern zu können und um die Debatte um die Atomenergie nüchtern führen zu können. Diese wurde in meinen Augen, meine Damen und Herren, nicht nüchtern genug geführt.

Wenn von der Bundesregierung ein hastiges Papier kommt, das sagt, dass dies technisch überhaupt nicht geht, dann sind sie um die unangenehme Frage herumgesurft: Wollen wir, oder wollen wir nicht? Ich wünsche mir auch, dass wir die Laufzeit der Atomkraftwerke nicht verlängern müssen. Die Aussage, dass dies nicht geht, ist aber

nicht richtig. Das stimmt nicht. Reden Sie mit Technikern; reden Sie mit PreussenE-lektra, reden Sie mit denjenigen, die in diesen Werken arbeiten und denen diese Kernkraftwerke gehören und die natürlich auch bis heute daran verdienen. Ich werde ihnen nicht vorwerfen, dass sie nur länger verdienen wollen. Wenn sie sagen, dass es geht, und wir darauf antworten, dass wir es ein paar Monate länger machen, wird der Betreiber sicher nicht feststellen müssen, dass es gar nicht ginge. Die Aussage ist eindeutig: Technisch ginge es – natürlich nicht in alle Ewigkeit; sonst müssten natürlich neue Brennstäbe bestellt werden. Für Bayern ist es aber durchaus ein Unterschied, ob die Stromversorgung durch Isar 2 am 31. Dezember 2022 oder am 31. März 2023 endet – dann ist nämlich der Winter vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Daher können die 90 Tage, die Sie vorher so lapidar als unbedeutend abgekanzelt haben, entscheidend dafür sein, ob Wasserleitungen im Frühjahr noch auffrieren, weil die Wohnung nicht geheizt ist, ob die Industrie stillgelegt ist oder eben nicht. Die Versorgungsszenarien der Bundesnetzagentur besagen durchaus, dass wir den Atomausstieg im kommenden Winter nur dann schultern können – das sind Untersuchungen aus der Vergangenheit –, wenn die Gaskraft im Süden zum großen Teil am Netz ist. Wenn wir aber die Gaskraft nicht ans Netz nehmen könnten, weil Putin nicht mehr liefert oder wir sagen, dass wir dieses Gas nicht mehr wollen, dann haben wir sowohl keine Atomkraft als auch kein Gas mehr.

Die Bundesnetzagentur hat noch vor Kurzem, als dieses Szenario mit Russland noch nicht im Raum stand, dokumentiert, dass wir Gas bräuchten, um aus der Atomkraft aussteigen zu können. Wenn wir das Gas nicht mehr hätten, muss neu gerechnet werden. Genau das fordere ich derzeit vom Bundeswirtschaftsminister und von der Bundesnetzagentur ein. Die Botschaften sind schon dort.

Ich will zeitnah und belastbar berechnet und bewiesen haben, dass wir ohne Atomkraft und ohne Gaskraft in Bayern keinen Blackout hätten und unsere Versorgungslei-

tungen nach Österreich, Frankreich und Norddeutschland, zu den Kohlekraftwerken, ausreichen, um die Versorgung mit Strom sicherzustellen. Und nicht zu sagen: Wird schon gut gehen, Putin wird wahrscheinlich schon weiter liefern, oder die Industrie wird dann ohnehin so am Boden sein, dass sie kein Gas mehr braucht, sodass wir Irsching mit dem Gas der Industrie betreiben können, weil die Industrie nicht mehr produziert. Sie sind jetzt dort in der Verantwortung, und es reicht nicht zu sagen: Die haben gesagt, dass das nicht geht.

Achtzig Tage können entscheidend sein, und deswegen will ich diese Frage hier wirklich völlig ideologiefrei geprüft haben. Ich wünsche mir, dass Sie mir sagen: Wir brauchen es nicht. Dann bin ich der Letzte, der für die Atomlaufzeitverlängerung ist. Wenn aber hier die jetzige Berechnung bestätigt wird, die da lautete, wir können aus Atom nur aussteigen, wenn wir im Gas bleiben, dann können wir uns auf die Gassituation wohl nicht verlassen. Dann ist diese Frage der Atomkraftwerke so zu sehen.

Zu der Thematik, was Bayern tut und was der Bund tut: Natürlich tun wir vieles. Vorher hieß es, wir hätten in Bayern nichts getan. Das ist Ehrabschneiderei und eine Irreführung der Öffentlichkeit – gelinde gesagt! Kein Bundesland hat in der Vergangenheit so viel PV zugebaut wie Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben die Freiflächen-Photovoltaik auf 200 Anlagen erhöht, die jetzt nicht mal ausgeschöpft wurden. Wir haben also staatlicherseits den Korridor weiter aufgemacht, als er von Investoren genutzt wurde. Wir haben im Bereich der Dachflächen einen massiven Zubau. Wir haben allein bei dem bayerischen PV-Dachflächen- und Speicher-Programm jetzt schon über 80.000 Anträge. Kein anderes Bundesland hat ein vergleichbares Programm.

Es ist also Ehrabschneiderei zu sagen, wir hätten nichts getan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich habe dem Bund jetzt auch vorgeschlagen, dieses Programm in ein Bundesförderprogramm zu überführen, damit deutschlandweit genau diese Versorgung des einzelnen Haushaltes, des Privathaushaltes, realisiert wird, mit einem relativ marginalen Zuschuss: Rund 1.000 Euro für den Speicher kommen im Durchschnitt raus. Sie bauen die neue Anlage aufs Hausdach, bauen den neuen Speicher und sind dann als Privathaushalt weitgehend unabhängig von einer Stromversorgung aus dem Netz.

Wir haben federführend viele Dinge, mit denen wir Agri-PV voranbringen. Wir haben hier die Forderung an den Bund, die Umlagebelastung für den privat genutzten Strom völlig zu löschen und auch die Kommunen bei der Beteiligung besserzustellen, damit die Standortkommune künftig bei größeren Anlagen auch grünes Licht im Gemeinderat gibt. Wir haben dieselbe Thematik im Bereich Wind. Dass wir hier natürlich ewig auf der 10-H-Geschichte rumreiten, ist eine Bitternis, die aber jetzt auch korrigiert wird, weil wir als Koalition noch im März Richtung Berlin einen Vorschlag schicken, in dem wir Ausnahmen von der 10-H-Regel anstreben.

Mein Vorschlag ist Ihnen bekannt. Ich wiederhole ihn erneut: Er lautet, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete und Wälder von der 10-H-Regel auszunehmen. Dann hätten wir deutlich über 1.000 mögliche neue Windkraftstandorte. Ich bin dann mal neugierig, ob wir so schnell hoffentlich viele Investoren finden, die das machen wollen, ob wir noch genügend Baustahl von den Lech-Stahlwerken geliefert bekommen, den wir für die Fundamente brauchen, ob wir noch genügend Zement geliefert bekommen, um überhaupt den Beton herzustellen, ob wir noch genügend Windkraftflügel und Technik geliefert bekommen oder ob wir irgendwo in der Lieferkette ein fehlendes Bauteil haben.

Auch das muss zu Ende gedacht werden. Die Dinger auf dem Papier auszurechnen, ist das eine. Die Dinger aber in die Landschaft zu stellen, ist das andere. So viel zum Thema Windkraft. Hier lautet mein Appell auch, sich bitte weiterhin dafür einzusetzen, dass wir die Südquote durchbekommen, dass wir auch rund 0,3 Cent statt 0,2 Cent verpflichtende Einspeisevergütung für die Standortkommune bekommen. Dann werden die das vor Ort auch massiv unterstützen. Wir haben dann aber trotzdem die

Situation, dass wir an die 1.000 neue Windräder bräuchten, um ein Kernkraftwerk zu ersetzen. Wir haben letztes Jahr Gundremmingen abgeschaltet, werden heuer oder eben nächstes Jahr Isar 2 abschalten – es sei denn, wir gehen in Laufzeitverlängerungen.

Sie sehen, wie wir damit auch dem Bedarf hinterherrennen. Aber wir haben eben diesen Bedarf als Hochtechnologieland Bayern und als Industriestandort. Wenn wir das nicht mehr tun, dann sind wir auf dem Niveau einiger anderer Bundesländer, die zu Wolfsansiedlungsgebieten erklärt werden, weil dort keine Menschen mehr wohnen und Industrie ohnehin nicht mehr vorhanden ist. Dann schaffen wir es mit ein paar Hundert oder ein paar Tausend Windrädern.

Wir müssen eben in großem Stil die fossilen Energieträger ersetzen, in der Zwischenzeit aber noch auf Kohle setzen und – so bitter das ist und so weh uns das tut – russisches Gas beziehen, um am Ende den Schalter Richtung Wasserstoffwirtschaft umzulegen.

Auch da können Sie bei aller Kritik an uns nicht behaupten, wir wären hier untätig gewesen. Wir haben vielmehr hier in Bayern massiv Vorarbeit geleistet, in Richtung Wasserstoffwirtschaft zu gehen. Wir haben Forschung, wir haben IPCEI-Projekte, also konkrete Projekte, bei denen Bosch in Bamberg, Wacker Chemie usw. in die Brennstoffe, in die Elektrolyseure, in die Wasserstofftechnik investieren.

Wir haben als erstes Bundesland ein Tankstellenprogramm für Lkws auf Wasserstoffbasis, bei dem noch in diesem Jahr die Tankstellen fertig werden. Jetzt sind Sie als SPD mit Ihren guten internationalen Kontakten natürlich auch gefordert, uns die Länder zu nennen, in denen wir den Wasserstoff holen können. Wir sind natürlich auch selber unterwegs. Mein Staatssekretär war vor Kurzem im arabischen Raum und hat dort zu diesen Themen Gespräche geführt. Ich war selber schon in diversen Ländern, von Schottland bis hin zu – in der Vergangenheit – China usw., um Wasserstoffpart-

nerschaften, Technikpartnerschaften anzubahnen. Wir sind hier als Bayern tätig, soweit das geht.

Der große Hebel wird aber weiter beim Bund liegen, um die Bedingungen für erneuerbare Energien, vor allem im Bereich Photovoltaik, deutlich zu verbessern. Das Osterpaket ist die passende Chance. Verbesserungsvorschläge von uns liegen vor. Ohne dass wir rechthaberisch sein wollen: Wir tun, was wir tun können, gemeinsam mit dem Bund, bei PV, bei Wind. Bei Geothermie hoffen wir ebenso auf das seit Jahren angekündigte Programm im Bereich des Leitungsbaus, für den wir Hunderte Millionen Euro in Bayern bräuchten, um eben diese Leitungen für den Wärmebereich zu realisieren. Jawohl, dann könnten wir viele Haushalte mit Erdwärme versorgen. Ich sehe das nicht so kritisch, dass wir diese Themen nicht angehen sollten. Natürlich gibt es überall auch Gegenargumente. Aber wir sollten diese Chancen nutzen.

Nicht zuletzt erinnere ich wieder an die Überzeugung der FREIEN WÄHLER, dass wir auch die Biomasse nutzen müssen, nutzen können, von Biogas über Holz, von der sich in der Vergangenheit schon viele Ökoideologen verabschieden wollten. Meine Damen und Herren, viele Hausbesitzer sind heute froh, dass sie noch einen Holzofen haben, eventuell mit Holz heizen können und sich auch noch ohne russisches Gas eine warme Suppe und ein warmes Wohnzimmer herstellen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das ist also durchaus eine spannende Debatte, und diese Debatte wird sich jetzt noch über Monate und Jahre zuspitzen und konkretisieren. Deshalb bitte ich bei allem parteipolitischen Schlagabtausch, sich nicht gegenseitig das Leben schwerer zu machen als nötig, sich nicht gegenseitig als unfähig hinzustellen, sondern sich gegenseitig die Argumente zu liefern, auch gerne zu hinterfragen. Ich bin der Überzeugung: Jawohl, wir müssen die Erneuerbaren ausbauen, die Wasserstoffnutzung massiv voranbringen, als einzige Chance zu dekarbonisieren, ohne zu deindustrialisieren.

Kurzfristig werden wir noch in den sauren Apfel beißen müssen. Mittelfristig gehe ich davon aus, dass wir fossile Energieimporte brauchen. Trotz allem muss es unser Ziel sein, in Bayern Industrieland zu bleiben. Wir dürfen nicht sagen: Wir fahren unseren Wohlstand so weit runter, wie wir das mit erneuerbaren Energien leisten können. In diesem Falle wird Bayern nicht mehr Einwanderungsland, sondern Auswanderungsland sein. Dann hätten wir Probleme wie in Bundesländern, wie ich sie vorhin geschildert habe.

In diesem Sinne ist Energiepolitik Wohlstandspolitik und Friedenspolitik. Wir in Bayern tun sehr viel. Wir haben schon sehr viel getan. Viele haben es vielleicht nicht mitbekommen. Sie diskutieren die Punkte weg, die wir hinbekommen haben. Ich appelliere an Sie, es auf Bundesebene – Sie regieren jetzt mit – deutlich besser zu machen und uns dabei zu helfen, gemeinsam weiter nach vorne zu kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Aiwanger. – Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Staatsminister Hubert Aiwanger, Wasserstoff ist nach Meinung der Wissenschaft in zehn Jahren relevant. Windräder können keine kurzfristigen Lösungen sein. Die Bauzeiten sind sehr lange. Bei uns in der Nähe ist durch Bürgerengagement ein Windrad innerhalb von fünf Jahren entstanden. Jetzt geht es um schnelle Lösungen. Du hast davon gesprochen, der Bundesregierung Vorranggebiete als Windkrafttraderstandorte aufgrund des Gesprächs von Herrn Habeck mit Herrn Söder auszuweisen. Ist das überhaupt mit der CSU abgestimmt? – Das interessiert mich. Bei Masken in der Schule war das auch nicht abgestimmt. Da seid ihr auch im Regen stehen gelassen worden.

Du bist Landwirt. Du hast die Biomasse angesprochen. Laut einem Artikel der Bioenergie-Erzeugergemeinschaft vom 04.03. im "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wo-

chenblatt" sollen 50 % des importierten russischen Gases von Biogasanlagen zur Verfügung gestellt werden könnten. Wie stehst du dazu?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich komme zu der Frage der Vorranggebieten. Sind wir uns in der Koalition noch einig? – Aktuell werden Gespräche geführt. Ziel ist es, noch im März einen Konsens zu erreichen. Ich gehe davon aus, dass dieser Konsens hinsichtlich der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete und der Wälder mit über 1.000 Metern Abstand von der Wohnbebauung, wenn es sich nicht um ein Landschaftsschutzgebiet handelt, kommen wird. Wir sind dann bei über 1 % der Landesfläche. Der Bund fordert 2 % der Landesfläche, jedoch nicht zeitnah, sondern in den Jahren 2020 bis 2030. Bis zum Jahr 2026 sollen 1,4 % der Landesfläche umfasst werden. Meine Gebietskulisse, die ich erarbeitet habe, würde den Vorstellungen des Bundes gerecht werden. Ich gehe davon aus, wir bekommen das auch in Bayern hin.

Der zweite Punkt betrifft das Thema Biogas. Natürlich ist Biogas eine grundlastfähige erneuerbare Energie, die sehr wichtig ist. Wir müssten überlegen, ob wir daraus zeitnah mehr Strom erzeugen sollten. Das bedeutet, dass die Silo-Vorräte auch schneller weggewirtschaftet werden. Das Biogas könnte hinten heraus schneller ausgehen. Sollten wir zeitnah mehr Strom brauchen, könnte jedoch geliefert werden. Ein Teil davon könnte ins Gasnetz eingespeist werden, aber nicht alles. Sie müssten eine Gasleitung vor der Tür haben und Methan einspeisen können. Wahrscheinlich ist das technisch schwieriger, als rechnerisch dargestellt. Wir können nicht automatisch das gesamte Biogas dem Gasnetz anrechnen. Das können wir nicht auf die Schnelle schaffen. Mit Sicherheit ist das ein Projekt, für das man mindestens ein Jahr benötigen würde, um die Anlagen zu präparieren. Vielleicht ist das aber gar nicht nötig. Wenn wir das Gas, das derzeit zur Stromerzeugung genutzt wird, durch Kohle und andere Dinge ersetzen, bräuchten wir das Gas an dieser Stelle vielleicht nicht.

In diesem Zusammenhang wird jedoch noch eine andere Frage interessant. Es besteht im Hinblick auf Biogas eine Konkurrenz zur Nahrungsmittelfläche. Deswegen

sind wir dafür, die von der EU geforderte vierprozentige Flächenstilllegung auszusetzen und diese Fläche mindestens für die Energiegewinnung, wenn nicht sogar für die Nahrungsmittelgewinnung zu nutzen. Bei den aktuell sehr hohen Preisen für Mais und Getreide muss der Landwirt durchaus überlegen – das wird ein Rechenexempel für den einzelnen Landwirt sein –, ob er Mais in die Biogasanlage kippt oder als Druschmais am Markt verkauft. Der Landwirt bekommt dafür derzeit sehr hohe Preise. Im Frühjahr könnten wir überlegen, Maissorten anzusäen, die nicht nur für Biogas, sondern sogar für die Futter- und Nahrungsmittelgewinnung genutzt werden könnten. Wir brauchen rund 40 Hektar Biogasmals, um einen Hektar Solar zu ersetzen. Wir brauchen 20 Hektar Solar, um eine Windkraftanlage zu ersetzen. Der Flächenbedarf im Bereich Biogas ist groß. In Zeiten, in denen Futter- und Nahrungsmittel fast nichts gekostet haben, war das sehr sinnvoll. Das ist auch sehr sinnvoll, wenn die Energie knapp ist. Die Möglichkeit, diese Flächen auch für die Nahrungsmittelgewinnung zu nutzen, müssten wir uns offenhalten, indem wir weiterhin auch auf Kohle setzen und nicht sagen: Wir brauchen das alles nicht mehr. – Nächste Frage.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Stümpfig vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Lieber Herr Staatsminister, lieber Hubert, ich möchte auch Minister werden, dann kann ich ohne Begrenzung reden.

(Heiterkeit)

Ich versuche jedoch, mich kurzzufassen. Der Streckbetrieb beim Atomkraftwerk beträgt achtzig Tage. Das heißt Streckbetrieb, weil man sagen kann: Man kann es noch ein wenig hinausziehen, aber dann muss die Leistung im Sommer gedrosselt werden. Wir müssten im Sommer dann mehr Gas- oder Kohlekraftwerke laufen lassen. Unterm Strich kommt wirklich nichts dabei heraus.

Was ich eigentlich fragen wollte: Vor zweieinhalb Jahren hast du den Energiedialog initiiert. In der Energieeffizienzgruppe – das war die Arbeitsgruppe 2 – hat man ganz

viele Maßnahmen erarbeitet. Das sind alles kurzfristige Maßnahmen, die wir jetzt sofort umsetzen könnten. Die waren schon vorher beim Energiedialog unter Wirtschaftsministerin Aigner Thema. Das liegt alles in den Schubladen der Ministerien. Es wird nichts umgesetzt. Deswegen hat es mich wütend gemacht, dass in eurem Dringlichkeitsantrag nur steht, was der Bund machen soll. Dort steht kein einziger Punkt, den ihr umsetzen wollt. Schaust du dir das Papier der Arbeitsgruppe noch einmal an? Geht es endlich in die Umsetzung? Wann kommt endlich der Masterplan Geothermie? Dieser wurde am 11.10.2019 angekündigt. Bis heute ist noch nichts da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Im Hinblick auf die Energieeffizienz bitte ich dich auf alle Fälle, dich bei deinem Parteikollegen, dem Bundeswirtschaftsminister, dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich energieeffizientes Bauen wieder gefördert wird. Viele Häuslebauer würden gerne dämmen und isolieren. Sie würden gerne beim Neubau auf solche Programme zurückgreifen. Derzeit tun sie nichts, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht.

Natürlich ist die Energieeinsparung zunächst einmal der bessere Weg, wenn das leicht erreichbar ist. Die Auswirkungen sind jedoch häufig auch erst in einigen Jahren spürbar. Wenn man heute für zigtausend Euro seinen Altbau dämmt, braucht man sehr viel Energie, um den Dämmstoff herzustellen, wenn man überhaupt noch einen bekommt. Das gilt auch für die Handwerker. Das sind Maßnahmen, die wir auf die Schnelle nicht umsetzen können. Sie wurden immer mit sehr spitzem Bleistift ausgerechnet. Solange die Energie relativ günstig war, war das Heizen mit einem gewissen Verlust für den Einzelnen rechnerisch sinnvoller, als für 50.000 Euro das Haus zu sanieren und das Geld niemals wiederzusehen. Das gilt natürlich nicht für die Ökobilanz. Wir können die Leute jedoch nur begrenzt dazu zwingen, weil wir dann sehr schnell beim Thema der steigenden Mietpreise und der Verteuerung von Wohnraum sind. Damit machen wir ein neues Fass auf. Schließlich müssen wir wieder viel Geld für sozial Schwache ausgeben, die sich den Wohnraum nicht leisten können.

Das gilt auch für die Energieeffizienz in der Industrie. Wenn der Gewerbetreibende künftig ohne staatliche Abgaben seinen Photovoltaikstrom selber nutzen darf, tut er das. Bis dato war noch nicht einmal der Hausvermieter darauf eingestellt, sein Miets-
haus auf PV umzustellen, weil er das Geld nicht mehr wiedergesehen hat. Die Rahmenbedingungen müssen also so gesetzt werden, dass es sich auch für den Einzelnen rentiert. Ich hole mir dieses Papier noch einmal heraus; wenn darin Dinge enthalten sind, die schnell umsetzbar sind und an die ich jetzt nicht gedacht hätte, dann bin ich hier offen genug, mich auch von diesem Papier noch einmal inspirieren zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Hubert, deine Ausführungen zur Atomkraft zeigen auch, dass du dich nicht mit dem Prüfbericht auseinandergesetzt hast. Kollege Martin Stümpfig hat es gerade angesprochen. Ein Streckbetrieb bringt netto nicht mehr Strom, das heißt: Wir haben davon keinen entscheidenden Vorteil, außer der Gasbetrieb würde in den nächsten Monaten komplett eingestellt. Aber auch dann drängt die Produktion der Atomkraftwerke die Kohlekraftwerke aus dem Markt; du kennst das Marktdesign. All diese Faktoren sind zu berücksichtigen. Deswegen ist das eben keine Lösung. Ich bitte darum, die Sachlage zur Kenntnis zu nehmen, anstatt hier irgendetwas zu sagen.

Zweitens sagen wir das seit Jahren. Natascha Kohnen hat es in der letzten Legislaturperiode gesagt. Annette Karl sagt es. Die GRÜNEN sagen es. Wir sagen es die ganze Zeit und haben darauf hingewiesen, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Das ist auch ein Problem für die Industrie. Ihr habt nichts gemacht! Die CSU blockiert die Windkraft, ihr blockiert die HGÜ-Leitungen, und dann stehen wir da. Jetzt spielt ihr

den Ball zu uns zurück; das finde ich billig und verantwortungslos. Bevor wir das nicht geklärt haben, brauchen wir nicht weiterzureden.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Noch einmal zum Thema Streckbetrieb: Ich bin in jedem Fall der Überzeugung, dass wir in Bayern sicherer leben und schlafen können, wenn wir wissen, dass wir bis Ende März 2023 die Option haben, Strom über ein Kernkraftwerk zu erzeugen, als wenn wir wissen, dass an Silvester Schluss ist.

(Zuruf)

Ihre Aussage, ein Streckbetrieb würde nichts bringen, ist in dieser Pauschalität falsch. Es ist durchaus die Situation denkbar, dass wir den Sommer über Atomstrom bzw. das Potenzial von Kernbrennstäben sparen und ins Frühjahr 2023 hineinretten, weil im Sommer eben deutlich weniger Gasheizungen betrieben werden und wir dann vielleicht mit Kohlestrom die Spitzen abdecken können.

(Zuruf)

– Nein, zur Stromerzeugung. Isar 2 ist ja jetzt im Strombetrieb. – Wenn wir den Strom von Isar 2 im Sommer dieses Jahres etwas reduzieren können, um damit im Frühjahr nächsten Jahres noch das Potenzial zu haben,

(Zuruf)

dann sind wir auf der sichereren Seite.

(Zuruf)

– Wenn wir davon ausgehen, dass wir uns auf die Gaskraftwerke verlassen können, dann brauchen wir die ganze Debatte nicht zu führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir führen die Debatte ja vor dem Hintergrund, dass wir eventuell kein Gas mehr haben. Das ist dann so, als würde man mit dem Auto irgendwohin fahren, der Tank null anzeigen und man hätte noch 20 Kilometer Strecke. Dann geben Sie bergab vielleicht kein Gas mehr, rollen weiter und sind froh, dass Sie hintenraus noch Streckbetrieb im Tank haben, und sagen nicht: Wurscht, ich ziehe jetzt durch. – Der Streckbetrieb kann Sinn haben.

(Zuruf)

Indem Sie sich dieser Denke pauschal verweigern, drücken Sie sich politisch um die Entscheidung der Atomlaufzeitverlängerung herum. Noch einmal: Ich will es auch nicht, aber wenn es nicht anders geht, dann lieber drei Monate länger Isar 2 am Netz, als im Februar 2023 einen Blackout.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Aiwanger. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/21634 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Fraktionslose Abgeordnete sehe ich im Plenum im Moment nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.